# Vom Zenit abwärts: Bedingungen des Niedergangs radikal rechter Parteien

Sabrina J. Mayer - Achim Goerres - Verena Benoit · 23. September 2026
Über Politik aus der Wissenschaft

Die AfD gewann bei der Landtagswahl 2016 in Sachsen-Anhalt 24,3 Prozent der Zweitstimmen, 2026 waren es 43,8 Prozent. Innerhalb von zehn Jahren hat sich ihr Stimmenanteil damit fast verdoppelt. Dieser Anstieg lässt sich auch in anderen Bundesländern wie beispielsweise Mecklenburg-Vorpommern beobachten. Ganz Deutschland diskutiert nun darüber, was diese Entwicklung erklärt.

Jetzt wollen wir den Blick in die andere Richtung lenken: Was wäre, wenn die AfD ihren Zenit irgendwann erreicht und ihre Stimmenanteile wieder sinken? In der Vergangenheit haben bereits andere radikal rechte Parteien nach großen Wahlerfolgen wieder stark an Unterstützung verloren. Die NPD etwa erreichte 1968 in Baden-Württemberg 9,8 Prozent und 2004 in Sachsen 9,2 Prozent, spielt heute bei Wahlen aber kaum noch eine Rolle. Unter welchen Bedingungen verlieren also radikal rechte Parteien wieder an Popularität?

**Was einen Rückgang nicht begünstigt: Regierungsbeteiligung und Annäherung**

Viele Beobachterinnen und Beobachter denken, radikal rechte Parteien würden an Zustimmung verlieren, sobald sie selbst politische Verantwortung übernehmen. Vergleichende Forschung zeigt aber kein verlässliches Muster: Regierungsbeteiligung führt nicht automatisch zu weniger Unterstützung ([1], [2]).

Auch Zusammenarbeit mit radikal rechten Parteien kann den gegenteiligen Effekt haben. Zeigen etablierte Parteien Bereitschaft zur Zusammenarbeit, erscheinen radikal rechte Parteien für konservative Wähler akzeptabler [3]. Ähnliches kann passieren, wenn gemäßigt konservative Parteien deren Positionen etwa bei Asyl und Einwanderung

übernehmen: Solche Positionen können dadurch normaler und für mehr Menschen wählbar erscheinen. Gleichzeitig profitieren von einer solchen Normalisierung nicht unbedingt die Parteien, die sie übernehmen, teilweise gewinnt gerade das radikal rechte „Original“ [4].

## Was einen Rückgang der Stimmen für radikal rechte Parteien begünstigen kann: Politik, Medien und die Partei selbst

### Politik und Parteien: Gehört werden und eigene Themen setzen

Wählerinnen und Wähler radikal rechter Parteien fühlen sich häufig von den etablierten Parteien nicht gehört. Wer bereits den Eindruck hat, politisch nicht gehört zu werden, verhält sich auch entsprechend. Bürgerräte und andere Beteiligungsformate können politische Selbstwirksamkeit, d.h. das Gefühl Einfluss zu haben und berücksichtigt zu werden, stärken [5]. Auch Haustürwahlkämpfe, Bürgersprechstunden oder andere Formen sichtbarer politischer Präsenz können Möglichkeiten schaffen, direkt mit politischen Akteuren in Kontakt zu kommen. So tourten beispielsweise einige Kandidatinnen und Kandidaten in Sachsen-Anhalt durch ihre Wahlkreise und luden zu niedrigschwelligen Events ein, die bei Döner, Bier und Apfelschorle die Möglichkeit für persönliche Begegnungen boten.

Auch die Themen, um die politisch gestritten wird, spielen eine Rolle. Radikal rechte Parteien profitieren besonders, wenn Migration, Zugehörigkeit und kulturelle Identität im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion stehen. Werden dagegen wirtschaftliche und soziale Fragen wie Steuern, Mieten oder Familienpolitik wichtiger, verändern sich auch die Wettbewerbsbedingungen.

Radikal rechte Parteien profitieren also davon, wenn sie andere Parteien immer wieder dazu bringen, über ihre Kernthemen zu sprechen. Das kann die öffentliche Bedeutung dieser Themen zusätzlich erhöhen ([6], [7], [8]).

Welche Schlussfolgerungen ergeben sich daraus für etablierte Parteien? Sie müssen Themen wie Migration nicht ausblenden. Sie können aber eigene Themen setzen, statt dauerhaft nur auf die Themen radikal rechter Parteien zu reagieren. Und sie müssen nicht jede Provokation zum nächsten großen politischen Konflikt machen.

**Medien: Aufmerksamkeit begrenzen und Erfolge einordnen**

Auch die Art der Medienberichterstattung kann eine Rolle spielen. Klassische Nachrichtenmedien, wie etwa Print, Fernsehen und journalistische Online-Angebote, berichten besonders häufig über ungewöhnliche und extreme Ereignisse. Radikal rechte Politikerinnen und Politiker brechen häufig bewusst mit politischen Regeln und Gewohnheiten und erzeugen damit Aufmerksamkeit. Hinzu kommt, dass Berichterstattung über Wahlerfolge oder steigende Umfragewerte selbst zum politischen Signal werden kann. Werden solche Entwicklungen besonders als Aufwärtstrend dargestellt, kann das eine Partei für manche Wählerinnen und Wähler zusätzlich attraktiv machen. Forschung spricht hier von einem sogenannten Bandwagon-Effekt ([9], [10]). Wahlerfolge gehören selbstverständlich zur politischen Berichterstattung. Entscheidend ist aber, wie sie eingeordnet werden: Eine Darstellung als zwangsläufiger oder unaufhaltsamer Aufstieg kann selbst zum politischen Signal werden. Ähnliches gilt für Provokationen, deren wiederholte Thematisierung bestimmten Akteuren und Themen zusätzliche Aufmerksamkeit verschaffen kann.

**Was innerhalb einer Partei passieren kann: schnelles Wachstum und interne Konflikte**

Nicht alle Bedingungen eines Niedergangs kommen von außen. Auch der eigene Erfolg kann für neue Parteien zur Herausforderung werden. Nach einem schnellen parlamentarischen Aufstieg müssen sie Strukturen für die Auswahl von Kandidatinnen und Kandidaten und den Umgang mit internen Konflikten aufbauen. Forschung zu neuen Parteien zeigt, dass dies mitentscheidet, ob sie sich dauerhaft etablieren oder wieder an Bedeutung verlieren ([11], [12]). Sichtbare Konflikte um Führung, Personal oder politische Ausrichtung können zusätzlich schaden, weil eine Partei dadurch weniger geschlossen und handlungsfähig erscheint [13]. Für die AfD sind solche Konflikte seit ihrer Gründung immer wieder dokumentiert worden [14]. Abspaltungen können zusätzliche Konkurrenz schaffen, führen aber nicht automatisch zu einem Niedergang.

**Einzelne Personen: Selbstwirksamkeit, Widerspruch und begrenzte Diskussionen**

Bisher ging es vor allem um Politik und Medien. Aber auch das Verhalten Einzelner kann eine Rolle spielen. Welche Formen von Engagement, Widerspruch oder Gespräch zeigen nachweisbare Wirkungen?

Demonstrationen, Initiativen, Vereine oder Parteien verändern nicht automatisch ein Wahlergebnis. Gemeinsames Handeln kann aber das Gefühl stärken, politisch nicht völlig machtlos zu sein und selbst etwas bewirken zu können [15].

Man muss auch nicht jede Debatte gewinnen. Schon ein schlichtes ‚Das sehe ich nicht so' macht sichtbar, dass eine Aussage nicht selbstverständlich akzeptiert wird. Was andere widerspruchslos stehen lassen und wo jemand widerspricht, prägt mit, was gesellschaftlich als normal gilt. Besonders wirksam ist es, wenn gleich mehrere Personen widersprechen ([16], [17], [18], [19]).

Niemand schuldet einem überzeugten Antidemokraten eine Diskussion. Reden lohnt sich vor allem dort, wo Positionen noch nicht feststehen: mit Zweifelnden, Menschen im eigenen Umfeld oder solchen, die bisher nur einzelne Argumente oder Deutungen der AfD übernommen haben. Persönliche Gespräche können Vorurteile und Feindbilder abbauen, auch wenn sie politische Positionen nicht automatisch verändern [20].

Auch falsche Vorstellungen über Migration, Sozialleistungen oder andere politische Themen lassen sich korrigieren. Fakten können Einstellungen verändern, aber sie wirken nicht immer und bei allen gleich. Je stärker eine politische Überzeugung bereits Teil der eigenen Identität geworden ist, desto weniger reicht eine einzelne Zahl oder Statistik ([21], [22], [23]).

Und schließlich muss politisches Engagement nicht ständig und in allen Formen gleichzeitig stattfinden. Es kann eine Demonstration sein, eine Mitgliedschaft, eine Spende, ein Gespräch oder manchmal auch nur ein klarer Widerspruch. Auch Pausen gehören dazu.

Veränderung kann an vielen Stellen ansetzen, bei politischen Angeboten, bei den Themen, über die gesprochen wird, bei der öffentlichen Aufmerksamkeit und im eigenen Umfeld. Es gibt also nicht den einen Hebel, mit dem sich der Erfolg radikal rechter Parteien verändern lässt — er ist aber auch kein unumkehrbarer Prozess.

**Bleiben Sie auf dem Laufenden:** Mit unserer E-Mail-Liste bekommen Sie eine kurze Nachricht, sobald ein neuer Beitrag online ist, regulär alle drei Wochen. Keine Werbung, Abmeldung jederzeit möglich. Zur Anmeldung

# Referenzen


1. [1] M. Lorimer, M. Griffini, und L. De Jonge, „Snap Out of It? Governmental Instability and Far-Right Mainstreaming in the Dutch and French Elections of 2023/2024“, J of Common Market Studies, Bd. 63, Nr. S1, S. 209–223, Nov. 2025, doi: 10.1111/jcms.70004.
2. [2] T. Akkerman und S. L. De Lange, „Radical Right Parties in Office: Incumbency Records and the Electoral Cost of Governing“, Gov. & oppos., Bd. 47, Nr. 4, S. 574–596, 2012, doi: 10.1111/j.1477-7053.2012.01375.x.
3. [3] J. Vanagt, K. Praprotnik, L. Russo, und M. Wagner, „Partisan affect and political tolerance in the context of shifting norms: the effect of coalition signals towards the radical right“, Journal of European Public Policy, S. 1–31, Okt. 2025, doi: 10.1080/13501763.2025.2558980.
4. [4] W. Krause, D. Cohen, und T. Abou-Chadi, „Does accommodation work? Mainstream party strategies and the success of radical right parties“, PSRM, Bd. 11, Nr. 1, S. 172–179, Jan. 2023, doi: 10.1017/psrm.2022.8.
5. [5] M.-I. Theuwis, C. Van Ham, und K. Jacobs, „A meta-analysis of the effects of democratic innovations on participants’ attitudes, behaviour and capabilities“, Eur. j. polit. res., Bd. 64, Nr. 2, S. 960–984, Mai 2025, doi: 10.1111/1475-6765.12722.
6. [6] J. Dennison, „How Issue Salience Explains the Rise of the Populist Right in Western Europe“, International Journal of Public Opinion Research, Bd. 32, Nr. 3, S. 397–420, Sep. 2020, doi: 10.1093/ijpor/edz022.
7. [7] T. Gessler und S. Hunger, „How the refugee crisis and radical right parties shape party competition on immigration“, PSRM, Bd. 10, Nr. 3, S. 524–544, Juli 2022, doi: 10.1017/psrm.2021.64.

8. [8] C. J. Williams und S. Hunger, „How challenger party issue entrepreneurship and mainstream party strategies drive public issue salience: evidence from radical-right parties and the issue of immigration“, Eur. Pol. Sci. Rev., Bd. 14, Nr. 4, S. 544–565, Nov. 2022, doi: 10.1017/S1755773922000297.
9. [9] T. W. G. Van Der Meer, A. Hakhverdian, und L. Aaldering, „Off the Fence, Onto the Bandwagon? A Large-Scale Survey Experiment on Effect of Real-Life Poll Outcomes on Subsequent Vote Intentions“, Int J Public Opin Res, Bd. 28, Nr. 1, S. 46–72, März 2016, doi: 10.1093/ijpor/edu041.
10. [10] J. O. Dahlgaard, J. H. Hansen, K. M. Hansen, und M. V. Larsen, „How Election Polls Shape Voting Behaviour“, Scand Pol Stud, Bd. 40, Nr. 3, S. 330–343, Sep. 2017, doi: 10.1111/1467-9477.12094.
11. [11] N. Bolleyer und E. Bytzek, „Origins of party formation and new party success in advanced democracies“, Eur. j. polit. res., Bd. 52, Nr. 6, S. 773–796, Okt. 2013, doi: 10.1111/1475-6765.12013.
12. [12] N. Bolleyer, „New party organization in Western Europe: Of party hierarchies, stratarchies and federations“, Party Politics, Bd. 18, Nr. 3, S. 315–336, Mai 2012, doi: 10.1177/1354068810382939.
13. [13] F. So, „Don’t air your dirty laundry: Party leadership contests and parliamentary election outcomes“, Eur. j. polit. res., Bd. 60, Nr. 1, S. 3–24, Feb. 2021, doi: 10.1111/1475-6765.12383.
14. [14] A.-S. Heinze und M. Weisskircher, „No Strong Leaders Needed? AfD Party Organisation Between Collective Leadership, Internal Democracy, and “Movement-Party” Strategy“, PaG, Bd. 9, Nr. 4, S. 263–274, Nov. 2021, doi: 10.17645/pag.v9i4.4530.
15. [15] C. Galais, A. Mateos, und E. Anduiza, „The socializing nature of protest events. Consequences of the 15-M protests on participants’ political engagement over time“, Social Movement Studies, Bd. 24, Nr. 6, S. 746–764, Nov. 2025, doi: 10.1080/14742837.2024.2349567.
16. [16] V. Valentim, The Normalization of the Radical Right: A Norms Theory of Political Supply and Demand, 1. Aufl. Oxford University PressOxford, 2024. doi: 10.1093/9780198926740.001.0001.

17. [17] V. Valentim, „Parliamentary Representation and the Normalization of Radical Right Support“, Comparative Political Studies, Bd. 54, Nr. 14, S. 2475–2511, Dez. 2021, doi: 10.1177/00104140211997159.
18. [18] J. Zapata, J. Sulik, C. Von Wulffen, und O. Deroy, „Bystanders’ collective responses set the norm against hate speech“, Humanit Soc Sci Commun, Bd. 11, Nr. 1, S. 335, Feb. 2024, doi: 10.1057/s41599-024-02761-8.
19. [19] H. P. Selvanathan und B. Leidner, „Normalization of the Alt-Right: How perceived prevalence and acceptability of the Alt-Right is linked to public attitudes“, Group Processes & Intergroup Relations, Bd. 25, Nr. 6, S. 1594–1615, Sep. 2022, doi: 10.1177/13684302211017633.
20. [20] X. Fang, S. Heuser, und L. S. Stötzer, „How in-person conversations shape political polarization: Quasi-experimental evidence from a nationwide initiative“, Journal of Public Economics, Bd. 242, S. 105309, Feb. 2025, doi: 10.1016/j.jpubeco.2025.105309.
21. [21] P. Dylong und S. Uebelmesser, „Biased beliefs about immigration and economic concerns: Evidence from representative experiments“, Journal of Economic Behavior & Organization, Bd. 217, S. 453–482, Jan. 2024, doi: 10.1016/j.jebo.2023.11.017.
22. [22] A. Sijilmassi, H. Mercier, L. Safra, und C. Chevallier, „Information about immigrants’ deservingness reduces misperceptions and opposition to immigration“, PNAS Nexus, Bd. 4, Nr. 12, S. pgaf349, Dez. 2025, doi: 10.1093/pnasnexus/pgaf349.
23. [23] E. Lindgren, N. Theorin, und J. Strömbäck, „Closing the Perception Gap: How Corrective Information Can Reduce Misperceptions of the Link Between Immigrant Background and Crime“, Mass Communication and Society, S. 1–21, Juni 2026, doi: 10.1080/15205436.2026.2683620.

---

Sabrina J. Mayer - Achim Goerres - Verena Benoit (2026): Vom Zenit abwärts: Bedingungen des Niedergangs radikal rechter Parteien. Empirische Politik UDE.
https://www.politik-wissenschaft.org/2026/09/23/vom-zenit-abwarts/
Lesefassung aus dem Onlinebeitrag. Interaktive Inhalte sind in der Onlinefassung verfügbar.